

Atomrappen unter Beschuss

Vernehmlassung zum neuen kantonalen Energiegesetz fällt äusserst kontrovers aus

Angesichts der Mehrheiten im Grossen Rat hat der Atomrappen im neuen Energiegesetz trotz rot-grünem Sukkurs wohl keine Chance. Doch auch so droht das Referendum von rechts.

MATHIAS KÜNG

Kaum je hat eine Gesetzesänderung im Aargau in der Vernehmlassung ein derart grosses Echo gefunden wie die Revision des Energiegesetzes. Zwar wollen alle eine umweltschonende Energieversorgung. Doch die Bürgerlichen haben starke Vorbehalte gegenüber der Vorlage. Rot-Grün begrüsst die Stossrichtung, fordert aber mehr.

Die SVP lehnt die Vorlage rundweg ab und stellt das Referendum in Aussicht. Sie schreibt süffisant: «Am meisten Energie kann gespart werden, wenn Sie auf eine Weiterbearbeitung des Projektes verzichten.» Starke Kritik kommt auch von der FDP, der Partei von Energiedirektor Peter C. Beyeler. Sie will eher steuerliche Begünstigungen. «Njet» sagt die Partei zum Ölheizungsverbot und zum Atomrappen. Dieser widerspreche dem Ziel der Entkarbonisierung fundamental.

Abgabe auf fossil erzeugten Strom?

Zurückhaltender antwortet die CVP. Ein Verbot neuer Elektroheizungen trägt sie mit, doch ein Ölheizungsverbot bei Neubauten renne offene Türen ein. Denn dort werden heute schon zu 90 Prozent andere Energieträger verwendet, wie Grossrat Andreas Brunner schreibt. Die CVP schlägt einen Stromrappen auf «nicht CO₂-frei erzeugten» Strom vor. So will sie den Bau fossil befeuerter Kraftwerke verhindern. Brunner: «Es macht keinen Sinn, Elektroautos zu fördern, wenn der dafür benötigte Strom aus Gas oder Kohle produziert wird.»

Die bürgerlichen Parteien befürchten, ein Atomrappen könnte den Aargau im Rennen um den Ersatz auslaufender AKW ins Hintertreffen bringen. Die BDP schreibt: «Mit der geplanten Steuer wird der Aargauer Standort glatt verhindert.» Damit würden Arbeitsplätze und volkswirtschaftlicher Nutzen in andere Kantone verlagert.

Ungenügend ist auch die Aargauische Industrie- und Handelskammer. Sie mahnt: «Rigide Vorschriften ausschliesslich im Aargau tragen wenig zur weltweiten Lösung bei und benachteiligen die aargauische Wirt-



VERBESSERUNGSPOTENZIAL Blick von der Ruine Stein auf die bei grosser Kälte besonders gut sichtbaren Dampffähnchen aus den Kaminen der Gemeinde Wettingen. WALTER SCHWAGER

schaft.» Bei einer grundsätzlichen Überarbeitung der Vorlage sei auf Wettbewerbsneutralität zu achten. Das bürgerlich dominierte «Energieforum Nordwestschweiz» lehnt den Atomrappen entschieden ab. Selbstredend Nein zum Verbot einzelner Heiz-

systeme sagt Swissoil Aargau. Der Bauernverband Aargau fordert bei dieser Gelegenheit, die Energieauslandabhängigkeit zu reduzieren.

Atomrappen für grüne Technologien

Erwartungsgemäss ganz anders

Neue Ölheizungen verbieten

Mit dem neuen Energiegesetz schlägt die Aargauer Regierung starke Pflöcke ein: Aus Sorge um das Klima will Bau- und Energiedirektor **Peter C. Beyeler** für den Energiekanton Aargau starke Zeichen setzen. **Neue Öl- und Elektroheizungen** werden gemäss Entwurf für das neue Energiegesetz verboten. Die bestehenden alten 55 000 Ölheizungen und die 12 700 Elektroheizungen im Aargau können bis zur altersbedingten Abschaltung allerdings weiterlaufen. Konfliktpotenzial hat auch der Vorschlag, einen **Atomrappen** einzuführen.

Mit der Abgabe von einem Rappen pro Kilowattstunde (kWh) aus den AKW Beznau und Leibstadt kämen jährlich **150 bis 160 Millionen Franken** zusammen. Diese wären zweckgebunden zu verwenden. Einerseits zur Förderung von erneuerbaren Energien, andererseits zur Abgeltung von Nachteilen für die Gemeinden der Standortregionen. Für die Gemeinden kann die Regierung einen **Anschlusszwang** an öffentliche Fernwärmenetze verfügen. Das Gesetz soll im Mai 2010 ins Parlament kommen und **2011 in Kraft treten**. (HLU)

tönt es bei SP und Grünen. Beiden reicht das regierungsrätliche Ziel einer 4500-Watt-Gesellschaft nicht. Sie wollen runter auf 2000 Watt. Dem schliesst sich auch die EVP an. Ihnen fallen die Massnahmen zu bescheiden aus, auch der Konferenz der aargauischen Natur- und Umweltschutzorganisationen. Die EVP will das 2000-Watt-Ziel nicht erst 2035, sondern schon 2025 erreichen. Die SP duldet beim Verbot von Öl- und Elektroheizungen keine Ausnahmen und will eine Stromabgabe von 2 Rappen. Und die Grünen wollen mit dem Atomrappen die Umstellung auf grüne Technologien mitfinanzieren.

Ungenügend ist das Gesetz auch für den WWF Aargau. Er trägt die Stossrichtung natürlich mit, verlangt aber zusätzlich eine Stromlenkungsabgabe nach dem Beispiel von Basel-Stadt. Greenpeace schliesslich bedauert, dass der Aargau «auf eine fortschrittliche Energiepolitik verzichtet», und fordert ebenfalls mehr. Beispielsweise, dass bis 2015 im Aargau alle bestehenden Elektroheizungen ersetzt werden.